Nr. 4 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 5. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 87, Expedition Nr. 13 8 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 150 Mk., mit Platzvorschrift 3 Mk. Bei Wiederholungen auf Jahresumsätzen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Alle Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Postbezirk monatlich 1.90 Mk., vierteljährlich 5.70 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1.80 Mk., vierteljährlich 5.40 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1.80 Mk., vierteljährl. 5.40 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1.45 „ „ 4.35 „
In Österreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2.25 Kr., vierteljährl. 6.75 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2.92 „ „ 8.95 „
Postbestellgebühr je Monat extra 1.50 Pf. Einz.-Nummer 10 Pf.

Mitteilungen des Reichskanzlers über Brest-Litowsk

23 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballons seit 1. Januar abgeschossen — Die Vertreter der Ukraine in Brest-Litowsk — Wieder 24000 Tonnen versenkt — Die Auflösung der spanischen Kammer vollzogen

Zwischenfall bei den Friedensverhandlungen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

b. Berlin, 4. Januar

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages nahm nach einer Rede des Abgeordneten Graf Westarp

der Reichskanzler

das Wort. Er führte aus:

„Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schluß meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatten wiederholt während der Verhandlungen die russischen Delegierten den Wunsch ausgesprochen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Ort, etwa Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm vor.

Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorschriften über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen wollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß wir die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia und Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren sehr gut — in Stockholm nur mit größten Schwierigkeiten haben könnten. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und und dort neuen Boden finden würden. Ich habe daher Herrn von Kühlmann beauftragt, diese Vorschläge abzulehnen. Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet, mit denen wir ganz ruhig weiterverhandeln werden. Ich füge hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns infiniert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unsrer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. Punkt 1 und 2 ist lediglich für die praktischen Erhebungen bestimmt. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsre Machtstellung, auf unsre loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo.)

Nach der Rede des Reichskanzlers schlug Abg. Fischbeck vor, die Verhandlungen zu vertagen. Abg. Scheidemann schließt sich dem Antrage an. Abg. Haase widerspricht dem Vertagungsantrag. Schließlich einigt sich der Hauptausschuß auf einen Antrag Erzberger, wonach die Verhandlungen bis Montag 10 Uhr vormittags ausgesetzt werden.

In Brest-Litowsk

Am 4. Januar ist die Frist abgelaufen, innerhalb deren die Viermächte von den zwischen Rußland und dem Vierbund festgesetzten allgemeinen Friedensbedingungen Kenntnis nehmen und sich über ihre Teilnahme an den Verhandlungen entscheiden sollten. Ohne daß von maßgebender Ententeseite eine Erklärung erfolgt wäre, daß man beabsichtige, sich den Verhandlungen anzuschließen, hat vor allen Dingen die Londoner Presse versucht, durch sensationelle Meldungen Verwirrung zu stiften und die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen oder doch wenigstens hinauszuschieben. Diese Versuche haben bisher kein Glück gehabt. Auch in England wächst die Stimmung mehr und mehr, die einer Verständigung geneigt ist. Der Londoner Korrespondent der Turiner „Stampa" drahtet, man sei sich in London bewußt, die größte politische Stunde des Krieges zu erleben. Das Zusammenwirken von Umständen, darunter das Ergebnis des Arbeiterkongresses und die nachgiebige Haltung des volkstümlichsten Londoner Blattes „Daily Expreß", bestärkten dieses Gefühl. Dazu komme noch, daß der „Manchester Guardian" bestimmt zu den großen Fragen des Augenblicks Stellung nehme und schreibe, es sei unnütz, den Versuch zu machen, einer so schwierigen Gesamtlage mit den hergebrachten Schlagwörtern, wie „eine Friedensfalle" und „deutsche Intrigen", beizukommen. Wirkliche Lebensfragen ständen auf dem Spiel und dürften nicht mehr leichtsinnig betrachtet und angepackt, sondern müßten von Staatsmännern behandelt werden, die sich ihrer Verantwortung vor den Mitbürgern und der Welt bewußt seien. — Die Vertreter der Vierbundmächte sind bereits wieder nach Brest-Litowsk abgereist.

Eine ukrainische Abordnung

ist ebenfalls in Brest-Litowsk anwesend. Staatssekretär v. Kühlmann hat den Ukrainern durch ein Telegramm seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit ihnen zu verhandeln:

WTB. Brest-Litowsk, 4. Januar. Am 1. Januar ist die aus vier Bevollmächtigten bestehende Friedensdelegation der ukrainischen Volksrepublik in Brest-Litowsk eingetroffen. Alle vier Vertreter sind Mitglieder der ukrainischen Zentralrada (des ukrainischen Parlaments) und der allrussischen konstituierenden Versammlung in Petrograd. Die Delegierten der Ukraine haben alle Vollmachten von der ukrainischen Volksregierung zur Führung von Friedensverhandlungen. Im Gespräch mit unserm Korrespondenten erklärten die Bevollmächtigten u. a., daß nach der Note des Generalsekretariats (der Regierung der ukrainischen Republik) die ukrainische Republik jetzt den Weg selbständiger internationaler Beziehungen einschlage. Die Ukrainer hätten zur Zeit der Kriegserklärung keinen Staatskörper gebildet und hätten weder direkt noch indirekt an der Entfachung des Weltbrandes Anteil gehabt. Jetzt, nachdem das Volk der Ukraine einen festen Staat geschaffen habe, wünsche es den schleunigen Abschluß eines demokratischen Friedens.

K. Genf, 4. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die Petersburger „Prawda" meldet: Die russische Regierung bewilligt keine Fristverlängerung an die Alliierten.

Zu dem Wunsche der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen teilnehmen, verlautet, daß es den Polen ermöglicht werden soll, an den Beratungen von Sonderfragen bei den Friedensverhandlungen von Fall zu Fall je nach dem Gang der Verhandlungen, Sachverständige zu schicken.

Die Auffassung in Wien

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 4. Januar

An zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Lage mit Zurückhaltung zu beurteilen ist. Ueber die Einigung in manchen Punkten zwischen den Mittelmächten und den Russen bestehen noch mancherlei Schwierigkeiten und Differenzen, bei denen wohl eine Annäherung, aber bisher keine Einigung erzielt wurde. Dazu gehört die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Räumungsfrage der besetzten Gebiete zur Abstimmung über die Zugehörigkeit des betreffenden Gebiets. Es besteht die Hoffnung, daß auch in diesen Fragen ein Einvernehmen zu erzielen ist. Bis zur Stunde liegt hier keine Meldung über das Eintreffen der russischen Delegierten in Brest vor. Die Entente bemüht sich, eine Form zu finden, wie sie bei den Verhandlungen zu Wort kommen könnte. Es ist zweifelhaft, ob das gelingt, die Absicht der Entente ist aber jedenfalls, den Frieden zu verhindern.

(kf)

Lebhafte Feuerkämpfe fast an der ganzen Westfront

× Großes Hauptquartier, 4. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Fast an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Klares Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vorstößen, die östlich von Ypern und nördlich vom La Bassée-Kanal scheiterten, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südöstlich von Moeuvres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinengewehre eingebracht.

Seit dem 1. Januar verloren unsre Gegner im Luftkampfe und durch Abschuß von der Erde 23 Flugzeuge und zwei Fesselballone. Oberleutnant Loerzer errang seinen 20. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der russische Botschafter in London

* Amsterdam, 4. Januar

Zu einer Reutermeldung aus London, wonach die maximalistische russische Regierung Maxim Maximowitsch Litvinow zum russischen Botschafter in London ernannte, wird noch berichtet: Einem Vertreter des „Daily Expreß" erklärte Litvinow, daß er es noch für verfrüht halte, sich russischer Botschafter zu nennen. Er habe noch keine amtliche Anzeige hierüber aus Rußland erhalten, obgleich er vor einigen Tagen offiziell aufgefordert worden sei, Instruktionen abzuwarten. Er wisse nicht, welcher Art diese Instruktionen seien. Er sei sofort bei der Admiralität gewesen, um sie auf seine Abreise nach Rußland vorzubereiten. Er habe seinen Reisepaß in der Tasche und den Koffer bereits gepackt. Litvinow soll auch gesagt haben, daß er einen Sonderfrieden als unheilvoll betrachte, daß Rußland aber gezwungen sei, einen derartigen Frieden zu schließen.

Entweder — oder

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

a. Basel, 4. Januar

„Daily Mail" meldet: Lloyd George hat bei dem Empfange der Vertreter der Trade Unions am letzten Dienstag (Neujahrstag) seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige Krieg für England nicht unentschieden ausgehen dürfe. Es gebe für England nur die Möglichkeit des Sieges oder des Unterliegens.

Internationaler Arbeiterkongreß in Nottingham

× Stockholm, 3. Januar

Wie „Socialdemokraten" mitteilt, beschloß das russisch-holländisch-skandinavische Komitee in einer besonderen Sitzung, daß Camille Huysmans der von der Labour Party ergangenen Einladung, an deren Kongreß in Nottingham teilzunehmen, Folge leisten soll. Außerdem sollen Vertreter für Dänemark, Norwegen und womöglich auch für Holland am nächsten Montag die Lage weiter überlegen. Zu dieser Einladung erfährt „Stockholmer Tidningen" noch, daß auf dem Kongresse in Nottingham am 23. Januar auch eine direkte Aktion zur Anbahnung des allgemeinen Friedens beschlossen werden wird.

Das politische Programm der englischen Arbeiter

Die englische Arbeiterpartei hat, wie Reuter meldet, für den im Juni stattfindenden Parteikongreß folgendes Programm für ihre Politik nach dem Kriege aufgestellt: Die neue Gesellschaftsordnung darf nicht auf individualistische und kapitalistische Produktion, sondern nur auf Kooperation und Verteilung, nicht auf aufgezwungener Herrschaft über unterworfene Völker, unterworfene Kolonien, unterworfene Klassen und die Rechtlosigkeit der Frauen, sondern gleiche Freiheit gegründet sein. In dem Programm wird die allgemeine Einführung von Mindestlöhnen und die Verschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Soldaten und Arbeiter bei der Demobilmachung empfohlen. Die Arbeitszeit soll auf 48 Stunden die Woche beschränkt werden. Der Bergbau, die Versicherung, das Eisenbahn- und Elektrizitätswesen sollen verstaatlicht werden. Die Einführung von Schutzzöllen wird abgelehnt und dafür eine Besteuerung des Kapitals gefordert.

Der Kaiser

× Berlin, 3. Januar. (Amtlich)

Se. Majestät der Kaiser empfing heute General v. Cramon zum Vortrag, hörte den Generalstabsvortrag und empfing den bayrischen Ministerpräsidenten Dr. v. Dandl in Audienz. Zur Frühstückstafel bei Ihren Majestäten waren geladen: Ministerpräsident Dr. v. Dandl, bayrischer Geschäftsträger v. Schoen und Sekretär des diplomatischen Korps Vizezeremonienmeister v. Rödder, Hausminister Graf zu Eulenburg, Oberburghauptmann v. Cranach.

Die wahre Stimmung in Italien

Von unserm früheren römischen Mitarbeiter

Lugano, Ende Dezember

Schweizerischen Zeitungen sind letzthin gänzlich unglaubwürdige Nachrichten über einen „drohenden Zusammenbruch in Italien" zugegangen. Unbefangene Beobachtung und Erwägung führt zwar zu der nicht überraschenden Feststellung, daß die Lage der Monarchie und demgemäß die Stimmung im Lande und die Zuversicht der Regierung und der Kriegsparteien durch die gewaltige Isonzokatastrophe und die dauernde Bedrohung der Nordfront stark verschlechtert worden sind; aber es ist sehr voreilig, von „Vorbereitung schlimmer und schlimmster Dinge in Italien", von „im Anzuge befindlichen ungeheuerlichen Ereignissen", von „völliger Bedeutungslosigkeit des Parlaments" u. dgl. zu reden. Man betrügt damit sich selber und die andern und stiftet nicht den geringsten Nutzen. Im Widerspruche zu solchen katastrophalen Phantasien stehen schon die letzten Parlamentsverhandlungen. Es empfiehlt sich, auf sie zurückzukommen, weil sie die Lage und die voraussichtliche Entwicklung für die nächste Zeit hell beleuchten.

Zum dritten oder vierten Male seit Kriegsbeginn sind Prophezeiungen der obigen Art laut geworden und — nicht in Erfüllung gegangen. Es gibt in Italien neben den konsequent kriegsfeindlichen „offiziellen" Sozialisten, die in Montecitorio eine stets geschlossen auftretende Fraktion von zirka 50 Köpfen zählen, eine etwa doppelt so starke Anzahl von mehr oder weniger kriegsgegnerisch, neutralistisch und pazifistisch gesinnten Parlamentariern, die im stillen eine Opposition gegen die Regierung betreiben. Ihren Kern bilden die Anhänger Giolittis, die deshalb gleich ihrem Führer in der Hetzpresse als „innere Feinde" behandelt werden. Sie sind händig bereit, gegen die Regierung zu stimmen, wenn Aussicht auf ihren Sturz vorhanden ist, und haben nicht versäumt, zu dem von andrer Seite herbeigeführten Sturz sowohl Salandras wie Boselli beizutragen. Aber sie haben stets mit der Mehrheit für die Regierung gestimmt, wenn auf deren Sturz nicht zu rechnen war, weil sie im Grunde ebenso stark durch innerpolitische Opportunitätsgründe und die Furcht vor der brutal aggressiven Kriegspresse wie durch Friedensneigungen beeinflußt werden. Die wiederholten lärmenden Angriffsdrohungen gegen die italienische Staatsleitung während und wegen der Kriegspolitik haben deshalb gewöhnlich denselben Ausgang genommen wie das Hornberger Schießen. So auch das letztemal. Nach wochenlangen Krisisdrohungen ergab die Abstimmung vom 22. Dezember 345 Stimmen für, nur 50 Stimmen gegen das Ministerium Orlando! Das wahre Verhältnis der Kriegsfreunde und Kriegsgegner in der Kammer kommt hierin, wie gesagt, nicht zum Ausdruck, und auch im Lande ist dieses Verhältnis ein ganz andres. Aber wenn im Lande wirklich eine verzweifelte oder Umsturzstimmung weit verbreitet wäre, so würden ganz gewiß nicht über 90 v. H. der Volksvertreter sich in Gegensatz zu ihren Wählern stellen.

Was besonders ins Gewicht fällt, ist nun einerseits, daß Herr Giolitti zum ersten Male seit Kriegsbeginn in der Kammer wieder das Wort ergriffen und daß er, wenn auch in gedämpftem Tone, das einträchtige Zusammenstehen aller Italiener bis zur Befreiung des nationalen Bodens befürwortet, ja, sich dem Applaus nach der Rede Orlandos angeschlossen hat, und anderseits, daß diese Rede so entschlossene Töne gegen den „inneren Feind" angeschlagen hat, wie man es selten gehört und gerade von ihm am wenigsten erwartet hatte. Wenn dies an sich als Zeichen einer verstärkten kriegsbejahenden Agitation im Lande gedeutet werden könnte, so ist doch die stürmische Zustimmung von sieben Achteln der Volksvertreter ein sicherer Beweis für die Absicht und Kraft des Kabinetts, jener Agitation Herr zu werden. Gewaltige Mittel dazu bieten ihm die Kriegsgesetze und die fortwährend verschärften außerordentlichen Vollmachten. Dazu kommt, daß revolutionäre Entschlußkraft im italienischen Volke nur in ganz geringem Maße, vermutlich nur unter einem Teile der sozialistischen Arbeiterschaft, vorhanden ist, die wiederum durch den guten Verdienst in der Kriegsindustrie beschwichtigt ist. Die am schwersten leidenden ländlichen Massen, namentlich der südlichen Provinzen, sind zu wenig organisiert und durch die Zwangsgesetze zu stark eingeschüchtert, um eine ernste Gefahr für die geltende Ordnung zu bilden. Die „Ruhe hinter der Front" mag hie und da durch lokale Ausbrüche der Unzufriedenheit gestört werden, und ist, wie man weiß, gestört worden. Von da bis zu einer Revolution ist ein sehr weiter Weg. Das russische Beispiel kann nicht herangezogen werden weil in Italien alle die Vorbedingungen und die meisten der Vorbedingungen fehlen, die im Zarenreiche seit Jahrzehnten den Boden bereitet haben.

Nur eine neue militärische Katastrophe könnte die Volksstimmung in Italien für die Regierung und die Monarchie bedrohlich machen. Aber auch in diesem Falle würde es sehr wahrscheinlich leichter zu einem Ausscheiden Italiens aus dem Kampfe als zu einer Revolution kommen.

Prof. Dr. R. Schoenen.

Anerkennung für einen tapferen Feind

× Wien, 4. Januar

Der Kaiser hat gestattet, daß der in Kriegsgefangenschaft geratene Kommandant der italienischen Gefechtsgruppe auf dem Monte Cauriol